

Fragen von Herrn Joachim Dähler zur Verlegung B471, Lebensqualität in OSH-West, Verlegung der Staatstraße, Schnellbusse, Tunnel/Straßenunterführung

Antworten von Bürgermeister Markus Böck

Von: Joachim Dähler

Gesendet: Montag, 8. November 2021 12:39

An: Gemeinde Oberschleißheim <gemeinde@oberschleissheim.de>

Betreff: Fragen zur Bürgerversammlung am 1.12.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zur Podiumsdiskussion der Bürgermeisterkandidaten hatte Herr Hiel meine Frage nach der Vision eines künftigen Oberschleißheim als Eingangsfrage benutzt.

Ihnen, lieber Herr Böck, habe ich meine Vision schon öfter persönlich vorgestellt: die Verlegung des innerörtlichen Durchgangsverkehrs auf einer Umgehungsstraße ab der Kreuzung B471/ B13 bei Garching-Hochbrück bis zu einem geplanten Kleeblatt im Westen von uns.

Meine Vision ist neben dieser Verlegung jedwede weitere Großprojekte so zu gestalten, das unsere Lebensqualität - insbesondere in Oberschleißheim-West, früher bekannt als die Ertl-Siedlung mit fast dörflichem Charakter - erhält!

Wenn ich lese, dass eine Planerin das Gewerbegebiet inklusive Verkehrsgestaltung mit den Worten vorstellt, dass Bedürfnisse (auch der betroffenen Anwohner) „soweit als möglich berücksichtigt werden“, dann reicht mir das nicht!!

Wenn ich im Vergleich in einem Arbeitszeugnis lesen würde „er/ sie hat ihre Aufgaben soweit als möglich erfüllt“, würde ich diese BewerberIn erst gar nicht einladen. Und die ledigliche Einhaltung gesetzlicher Vorgaben (z.B. Lärmschutz lässt grüßen) wird erhebliche Belastungen der Anwohner nicht verhindern. Die Mammutaufgabe, die Lebensqualität von uns Anwohnern nur annähernd zu erhalten, geht aus der 7-seitigen (!!!) tabellarische Zusammenfassung aus dem Umweltbericht hervor!

Falls man diese Bedenken berücksichtigt, werden viele Fragen zu lösen sein. Dazu soll mein angehängter Fragenkatalog dienen. Ich würde mich freuen, wenn dadurch wieder eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Bevölkerung entsteht und ein lebenswertes Oberschleißheim erhalten wird.

Viele Grüße

Joachim Dähler

P.S.: Ich bitte um Verständnis, dass ich meinen Appell inklusive Fragenkatalog an meinen Freundes- und Bekanntenkreis in Blindkopie (Datenschutz lässt grüßen) versende. Diese Fragen bewegen uns alle und verdienen befriedigende Lösungen

Fragen zur Bürgerversammlung am 1.12.2021

Verlegung Staatsstraße

Gibt es einen Ersatz für das insolvent gegangene Planungsbüro?

Die Ausschreibung läuft. Das staatliche Bauamt geht davon aus, dass im 1. Quartal 2022 ein neues Planungsbüro genannt werden kann.

Eine Verlegung macht nur Sinn, wenn Anschlüsse nach Unterschleißheim und zum Neubaugebiet Mittenheim geplant sind? Hat die Stadt Unterschleißheim sich dazu eingebracht? Das Straßennetz für das neue Gewerbegebiet wird aktuell angelegt, die geringe Breite der gebauten Straßen lassen dies in keiner Weise vermuten!

Dass die Umfahrung kommen soll, ist auch der Stadt Unterschleißheim seit langem bekannt. Konkrete Gespräche machen auch nach Rücksprache mit meinem Kollegen Christoph Böck erst Sinn, wenn eine Trassenplanung vorliegt.

Der geplante Schnellbus USH - Feldmoching wird über die alte Staatsstraße geführt - oder nicht? Hat sich die Gemeinde OSH entsprechend positioniert bzgl. Haltestellen am Campus?

Ja. Es wird eine Haltestelle an der Sonnenstraße (in etwa gegenüber der vorhandenen Haltestelle Sonnenstraße) eingerichtet.

Sobald dieser Schnellbus installiert ist - wieso sollen zusätzliche „Verstärkerbusse“ notwendig sein? Und falls notwendig: warum sollen diese Busse eine „Stadtrundfahrt“ durch OSH machen, statt den kürzesten Weg zu nutzen? Warum sollen jedwede Busse nicht alle die gleichen Haltestellen als die Schnellbusse nutzen?

Verstärkerbusse sind ad hoc nicht geplant. Planungen zum ÖPNV/Linienbusverkehr liegen in der Hand des Landkreises München in Kooperation mit dem MVV. Die Gemeinde wird hier in den Planung beteiligt und angehört.

Wird die alte Staatsstraße nach Abschluss der Maßnahmen umgewidmet, kann also z.B. in die 30-Zone integriert werden?

Wenn eine Umfahrung kommt, wird die bestehende Straße zu einer Gemeindestraße umgewidmet. Das wurde im VEP als Priorität 1 vorgestellt.

Tunnel

Der angedachte Tunnel wird in Verbindung mit dem Kleeblatt den Ausweichverkehr dramatisch verstärken!! Das Grundproblem „Engpass Allacher Tunnel“ lässt sich nicht mehr beheben!

Der Bürgerentscheid ergab, dass eine Unterführung geplant werden soll. Diesem Willen folge ich und werde eine Planung auf den Weg bringen. Es bleibt offen, was eine solche Planung ergeben wird.

Ist in der vom Freistaat bezahlten Projektstudie die Alternative Verlängerung der Staatsstraße bis Anschlussstelle Neuherberg vorgesehen? Wenn nein: diese Alternative wäre deutlich kostengünstiger, eine Herausnahme aus dem

Naturschutzgebiet entlang der Autobahn ökologisch vertretbar und würde den Ortsdurchgangsverkehr insbesondere am Berglwald, Altschleißheim und am Schloss minimieren!

Nein. Diese Alternative ist in der Projektstudie nicht vorgesehen.

Ist eine weiterführende Alternative Zusammenlegung der B471/ B13 ab der Querung von Garching-Hochbrück, danach Umwidmung einer ab Neuherberg geführten Staatsstraße als B471 jemals mit der Bayerischen Staatsregierung diskutiert worden? Wenn nein, warum: hier läge eine klare win-win- Situation für Kommune und Freistaat bei überschaubarem Aufwand für die BRD vor (das Teilstück B471 ab Querung bis Kleeblatt könnte im Gegenzug zur Staatsstraße erklärt werden mit Alternativen wie einer Sperrung bis Lustheim für den Individualverkehr).

Bislang wurde eine solche Alternative nicht mit der Staatsregierung besprochen. Ich persönlich finde es aber eine sehr gute Möglichkeit, die ich weiterhin verfolgen werde.

Aktuell ist eine Vermessung der B471 sowohl innerorts als auch zwischen der Querung B13 und Lustheim zu beobachten; vor welchem Hintergrund passiert dies?

Es waren Vermessungsarbeiten für die geplanten Radwege (Bereich Freisinger Straße/Jahnstraße).

Ist die Projektstudie wirklich ohne jegliche Kostenbelastung für die Gemeinde verbunden?

Ja. Es entstehen allenfalls indirekt Kosten für die Gemeinde aufgrund der Vorhaltung des Personals im Bauamt, das die Planung leitet/steuert.

Gewerbegebiet/ Campus Tiermedizinische Fakultät

Falls ein „Gewerbegebiet“ a la Garching-Hochbrück entstehen sollte, dürften Belastungen überschaubar sein (keine großen Logistikbewegungen ersichtlich, eher büronahe Betriebe).

Ist der Bedarf der Tiermedizinischen Fakultät so avisiert worden oder ist dies bisher gar nicht ermittelt? Wenn letzteres: auf welcher Basis plant der beauftragte Projektentwickler? Ist der Projektentwickler vertraglich zu einer derartigen Vorgabe verpflichtet worden?

Der Bedarf hat sich in vielen Gesprächen mit LMU und LGL ergeben. Der Entwickler führt Gespräche mit Kooperationspartner aller anliegenden Institutionen. Eine Grundvereinbarung wurde unterzeichnet.

Die Planungen ziehen sich über Jahre hinweg und umfassen wirklich alle Belange.

Welche finanziellen Verpflichtungen ist die Gemeinde eingegangen insbesondere gegenüber dem Projektentwickler?

Die Gemeinde übernimmt die Vorfinanzierung der Planungen, aber mit gesicherter Kostenübernahme gemäß städtebaulichem Vertrag. Das muss so sein, um das

Verfahren beeinflussen zu können. Der Gemeinde werden keine finanziellen Nachteile entstehen.

Liegen bzgl. dem Campus belastbare Zahlen über erwartete Lieferbewegungen vor? Ist der Wohnbedarf von Studierenden und Beschäftigten auch nur annähernd berücksichtigt? Ist der tägliche An- und Abreiseverkehr ermittelt (wegen der Forschung am Tier sind HomeOffice-Nutzer geringer als in rein theoretischen Studiengängen)? Auf der Planskizze Gewerbegebiet/ Verkehrsplanung Staatsstraße neu ist erstmalig die komplette Bebauung des Campus entlang der Staatsstraße (alt) ersichtlich und lässt erheblichen Verkehrszuwachs erwarten! Die bisherige Linksabbiegerspur auf Höhe der Tankstelle dürfte kaum ausreichen; ist eine Anbindung an den Kreisverkehr vorgesehen? Wenn ja, sollte dies genutzt werden, dass eine Nutzung Veterinärstraße obsolet werden = Verbreiterung nicht notwendig!

Ich verweise hierzu auf meine umfangreiche öffentliche Stellungnahme, die im Anhang nochmals beigefügt ist.

Energieautarkie

Bei allen geplanten Maßnahmen (neue Wohnungen, Gewerbegebiet etc.) wird der Energiebedarf dramatisch zunehmen. Bisher ist keinerlei „grüner Strom“ in der Diskussion aufgetaucht.

Wenn schon Gewerbegebiet und Umgehungsstraße: warum sind keinerlei Absichten wie ein Windrad an der Autobahn (z.B. beim Kreuz Feldmoching) oder Solarpark zwischen Gewerbegebiet und Autobahn wenigstens als Absichtserklärungen angedacht?

Windräder in der Gemeinde wurden vor einigen Jahren bereits intensiv geprüft, mit abschlägigem Ergebnis. Wegen des Flugplatzes gibt es keine geeigneten Standorte dafür.

Die Stadt Unterschleißheim bezuschusst inzwischen Solarpaneele an Balkonen; ist dies bei uns auch vorgesehen? Wenn nein, warum nicht?

Die Gemeinde Oberschleißheim hat keine Mittel für solche Förderungen und sie müssten, wenn überhaupt, sowohl in Finanzausschuss als auch Gemeinderat beraten werden.